



Liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe Genossinnen und Genossen,

in der vergangenen Woche hat der Landtag NRW das letzte Mal in dieser Legislaturperiode getagt. Daher möchte ich Sie und euch wie gewohnt mit meinem Newsletter über die aktuellen Themen im Landtag informieren.

Ich wünsche Ihnen und euch viel Spaß bei der Lektüre.

Ihre/eure
Inge Blask

Hannelore Kraft zu Besuch in Menden



Am Montag konnte ich unsere Ministerpräsidentin und Parteivorsitzende Hannelore Kraft in Menden begrüßen. Bei der Veranstaltung auf dem alten Rathausplatz in Menden konnten die Bürgerinnen und Bürger direkt ins Gespräch mit Hannelore kommen. Hierbei konnten wir den Bürgerinnen und Bürgern die Anliegen der SPD für die kommende Legislaturperiode des Landtags NRW näherbringen.

Berufsausbildung und Qualifizierungssysteme erhalten und sichern

Die SPD setzt sich für das Handwerk und die Freien Berufe ein. Mit in dieser Woche getroffenen Beschluss und der darin enthaltenen Subsidiaritätsrüge sprechen wir uns gegen die unverhältnismäßige Einschränkung durch die EU-Kommission im Bereich der Berufsausbildung und den Qualifizierungssystemen aus. Wir wollen nicht, dass die Weiterentwicklung der Qualifizierungssysteme im Handwerk und den Freien Berufen auf nationaler und regionaler Ebene wesentlich erschwert werden. Denn mit der Berufsausbildung geben das Handwerk und die Freien Berufe den jungen Menschen in unserem Land eine solide Grundlage fürs Berufsleben mit auf den Weg und bieten den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gute Qualifizierungssysteme. Zudem tragen sie mit ihren Gründungsaktivitäten und dem qualitätsorientierten Verbraucherschutz zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts NRW bei.



Neben den üblichen Gesprächen mit Unternehmen und Betrieben konnte ich mich in der vergangenen Woche bei einem „Einsatz vor Ort“ in der Bäckerei Holve in Hemer über die aktuelle Situation im Backgewerbe informieren. Dort habe ich von 3 Uhr morgens an mit den Bäckerinnen und Bäckern Brot und Brötchen gebacken und am Vormittag beim Verkauf geholfen.

SPD will Tierwohl verbessern

Die Verbesserung der Tierhaltung ist der Wunsch viele Menschen. Tiere sollten zukünftig mehr Platz haben, Freilauf erhalten und Praktiken wie Enthornen, Schnäbelkürzen oder Schwänzekupieren zukünftig unterbleiben. Um das Tierwohl zu verbessern, fordert die SPD-Fraktion für die Schweineproduktion eine Kennzeichnung des Geburtslandes der Ferkel. Dieses ermöglicht zugleich eine eindeutige Herkunftskennzeichnung für Fleisch und schafft die Basis für regionale Fleischvermarktungsprogramme.

Anhebung der Steuerfreigrenze für Vereine

Der Antrag hat das Ziel, dass sich der Bund für eine Anhebung der Freigrenze für Vereine im Bereich des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs um 5.000 auf 40.000 Euro ausspricht. Die bis dato letzte Anhebung der Steuerfreigrenze ist vor fast zehn Jahren vorgenommen worden. Daher ist es geboten, dass die Bundesregierung einer Erhöhung dieser Einnahmengrenze zustimmt. Es geht vor allem um kleinere Vereine, die durch die Ausrichtung kleinerer Veranstaltungen auch in Zukunft nicht steuerpflichtig werden sollen. Außerdem werden die Ehrenamtlichen dadurch entlastet, dass die beim Unterschreiten dieser Grenze keine Steuererklärung ausfüllen beziehungsweise abgeben müssen.

Abschlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses Silvesternacht

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss Silvesternacht des Landtags NRW hat seinen Abschlussbericht vorgelegt. In 61 Sitzungen wurden 178 Zeugen vernommen, um das Geschehen der Silvesternacht 2015/2016 und der Tage danach gründlich aufzuarbeiten.

Fazit: Eine solche Situation, wie sie sich in der Silvesternacht rund um den Kölner Dom ergeben hat, war nicht vorhersehbar und hatte sich in Deutschland vorher noch nie in ähnlicher Form ereignet. An dem Vorgehen der Stadt Köln, der Polizei Köln und der Bundespolizei muss gleichwohl massive Kritik geübt werden. Beispielsweise sind das Unterlassen der Sperrung der Hohenzollernbrücke, Unklarheiten über die Zuständigkeiten und Kommunikationsmängel zu nennen. Es gab eklatante Fehler bei der Einsatzplanung und -durchführung. Daraus ergeben sich Empfehlungen für das künftige Vorgehen, die im Abschlussbericht ausdrücklich benannt werden.

SPD fordert bessere Strukturen bei der Schuldner- und Insolvenzberatung

Immer mehr Menschen sind überschuldet. Deshalb wird Schuldner- und Insolvenzberatung immer wichtiger. Sie leistet einen Beitrag zur psychosozialen und wirtschaftlichen Stabilisierung überschuldeter Menschen und ihrer Familienangehörigen. Allerdings sind durch die verstreuten und unkoordinierten Zuständigkeiten in der Schuldner- und Insolvenzberatung transparente und ganzheitliche Beratungsstrukturen nur schwer zu realisieren, potentielle Synergien lassen sich somit nur schwer realisieren. Die SPD fordert deshalb eine Optimierung der Beratungsstrukturen, die eine bessere Koordination und Vernetzung der Schuldner- und Insolvenzberatung zum Ziel hat.

Hannelore Kraft zu Besuch in Lüdenscheid



Nach dem Besuch von Hannelore Kraft in Menden stand im Anschluss ein Termin in Lüdenscheid an, bei dem wir zusammen mit Gordan Dudas und Michael Scheffler mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren konnten. Scheffler konnte ich von meinem Einsatz vor Ort bei der Bäckerei Holve und unseren Plänen für das Azubiticket, die kostenlose Meisterausbildung, den Breitbandausbau und den Zuschlag für die Regionale 2025 berichten.

Wahlaufruf

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
am 14. Mai 2017 wird in Nordrhein-Westfalen der neue Landtag gewählt. Gerne habe ich in den vergangenen fünf Jahren Balve, Hemer, Menden, Neuenrade und Plettenberg, aber natürlich auch die gesamte Region in Düsseldorf vertreten. Daher stelle ich mich am 14. Mai erneut zur Wahl und hoffe Ihre und deine Unterstützung zu erhalten, um den Wahlkreis erneut direkt zu gewinnen. **Bitte gehen Sie wählen!**

Kurz notiert

Klares Zeichen für Europa setzen

Die Europäische Union feiert im Jahr 2017 das 60-jährige Bestehen der Römischen Verträge, mit denen 1957 die Grundlagen für die heutige Europäische Union gelegt wurden. Mit unserem Antrag „Die europäische Wertegemeinschaft erhalten, um sie zu verbessern“ setzen die Fraktionen von SPD und Grüne im europäischen Jubiläumsjahr ein klares Zeichen für Europa. Die aktuell weltpolitisch turbulenten Zeiten erfordern ein deutliches Bekenntnis zu einem Erhalt der europäischen Gemeinschaft, aber auch den Willen, diese verbessern zu wollen. Wir fordern die Landesregierung auf, im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiterhin alle Maßnahmen und Initiativen zu unterstützen, die ein Auseinanderbrechen der EU verhindern. Unser NRW wird sich jeglicher Art von nationalistischen und populistischen Angriffen auf die Errungenschaften der europäischen Einigung entgegen stellen.

Mehr Geld auch für Beamtinnen und Beamte

Anfang März haben sich die Gewerkschaften und die Landesregierung darauf geeinigt, die Gehaltserhöhung im Angestelltenbereich des Öffentlichen Dienstes inhaltsgleich auch auf die Beamtinnen und Beamten des Landes zu übertragen. Dabei erhalten diese, ebenso wie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger, ab 1. April 2017 zwei Prozent mehr Geld, mindestens aber 75 Euro, und ab dem 1. Januar 2018 nochmal 2,35 Prozent mehr. Außerdem wird es keinen Abzug von 0,2-Prozent-Punkten mehr zum Versorgungsfonds geben. Mit dieser Vereinbarung ist für beide Seiten ein fairer und guter Kompromiss gefunden worden.

Akkreditierung von Studiengängen verbessern

An dem bisherigen Akkreditierungssystem gab es einige Kritik (teuer, bürokratisch, nicht an den Bedürfnissen der Studierenden orientiert) und auch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Daher muss die Akkreditierung weiterentwickelt werden. Mit einem Antrag der Regierungsfaktionen definieren wir nun den Rahmen für die Weiterentwicklung. Dabei setzen wir die Brille der Studierenden und Lehrenden auf und wollen eine bessere Akkreditierung von Studiengängen erreichen.

Schuldenbremse gesetzlich aufgenommen

Mit der Änderung der Haushaltsordnung setzen die regierungstragenden Fraktionen die sogenannte Schuldenbremse in Landesrecht um. Nachdem es in der Verfassungskommission zu keiner Einigung über die Aufnahme einer Schuldenregel in die Verfassung gekommen war, wird dies nun einfachgesetzlich geregelt.

SPD kämpft weiter für ein Wahlalter ab 16 Jahren

Die Absenkung des aktiven Wahlalters bei Landtagswahlen beziehungsweise die Streichung des Wahlalters aus der Landesverfassung waren bis zum Schluss in der Verfassungskommission umstritten. Die Koalitionsfraktionen von SPD und Grüne haben sich von Beginn an in der Verfassungskommission für die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre eingesetzt. Mit den Stimmen der SPD, der Grünen, Piraten sowie der FDP hätten wir eine verfassungsändernde Mehrheit ohne die CDU durchsetzen können, aber so ist es leider nicht gekommen. Trotz der eindeutigen Bekundungen der FDP in der Frage, konnte sie sich nicht dazu durchringen, das Richtige für die Jugendlichen in NRW zu entscheiden. Das ist einmal mehr eine verpasste Chance. Wir lassen aber nicht locker und nehmen die Empfehlungen der Jugendverbände ernst und kämpfen weiter für verbesserte Teilhabechancen.



Foto: Klicker / pixello.de



Foto: Thorben Wengert / pixello.de